

Kritik an »Mindestlohn« à la CDU

Nach Parteitagsbeschuß: Gewerkschaften und Linke werfen Union Täuschungsmanöver vor

16.11.11
Die Gewerkschaften haben mit deutlicher Kritik auf den Beschuß des Leipziger CDU-Parteitags zum »Mindestlohn« reagiert. Die Delegierten hatten sich am Montag abend mit großer Mehrheit für nach Branchen und Regionen differenzierte Lohnuntergrenzen ausgesprochen, die sich an den bestehenden Mindestlohn tarifverträgen orientieren sollen. Das sei »ganz sicher nicht der Durchbruch zu einem gesetzlichen Mindestlohn auf dem Niveau unserer westeuropäischen Nachbarländer«,

sagte ver.di-Chef Frank Bsirske der *Mitteldeutschen Zeitung* (Onlineausgabe). Diese liegen im Schnitt bei etwa 8,50 Euro pro Stunde. »Differenzierungen führen nur zu Unübersichtlichkeit, Intransparenz und schwerer Kontrollierbarkeit«, so Bsirske weiter.

Claus Matecki vom DGB-Bundesvorstand erklärte am Dienstag, die Entscheidung sei keinesfalls ein großer Wurf, aber ein Zeichen der Anerkennung gewisser Realitäten. Er bekräftigte die Forderung des Gewerkschaftsbundes nach einheitlichen und

verbindlichen Mindestlöhnen von wenigstens 8,50 Euro pro Stunde für alle Beschäftigten. »Und zwar unabhängig davon, ob sie in Mecklenburg-Vorpommern oder Bayern leben oder in welchem Beruf sie gerade arbeiten.« Die IG Metall betonte, der CDU-Beschluß habe »mit dem Mindestlohn, wie ihn die Gewerkschaften fordern, rein gar nichts mehr zu tun«. Er lasse »der Wirtschaft viele Hintertüren offen« und gebe keine Antworten darauf, was passiert, wenn die Unternehmen den Mindestlohn blockieren oder nur eine viel zu niedrige Untergrenze zulassen wollen.

Die stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Linke, Sahra Wagenknecht, nannte den CDU-Beschluß »eine primitive und schlecht gelungene Täuschung der Bevölkerung«. Die Linke fordere einen Mindestlohn von 60 Prozent des hiesigen Durchschnittseinkommens, aber mindestens zehn Euro pro Stunde, sowie die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 500 Euro.

Daniel Behruzi